

## Wilms fordert: Stromtrasse verlegen

QUICKBORN. Premiere im Quickborner Rathaus: Zum ersten Mal empfing Bürgermeister Thomas Köppl (CDU) eine Bundestagsabgeordnete der Grünen zu einem Jahresgespräch. Mit Valerie Wilms diskutierten gestern Köppl, Sabine Schaefer-Maniezki als Vertreterin der Quickborner Grünen-Fraktion, Heinrich Kut, Chef des Wahlkreisbüros von Wilms, und Friederike Walter, Fachbereichsleiterin Stadtentwicklung, über die Top-Themen **Riesenmasten** und A 7-Ausbau.

Klare Worte von Wilms: "Eine Alternativtrasse ist die Minimalforderung. 200 Meter von der Einzel-, 400 Meter von der geschlossenen Bebauung entfernt. Auf der alten Trasse kann nicht gebaut werden."

Wie berichtet, will das holländische Energieunternehmen Tennet die Stromtrasse, die von Dollern über Hamburg in den Kreis Pinneberg führt, auf Quickborner Gebiet von 220 auf 380 Kilovolt auf der alten Streckenführung ausbauen, indem es die Strommasten von 36 auf 60 Meter erhöht. Dagegen protestieren Stadt, Politik und zwei Bürgerinitiativen, weil sie eine erhöhte Strahlenbelastung fürchten.

"Es ist eine äußerst üble Lösung, weil die Strommasten zu nah an den Häusern stehen", sagte Wilms. Die Bundestagsabgeordnete riet der Stadt, die Forderung nach einer Verlegung der Trasse noch einmal gesondert in das Planfeststellungsverfahren mit einzubringen. "Das wird nicht ganz ohne Auswirkung auf den Beschluss bleiben", so ihre Einschätzung.

Für Köppl sei es wichtig, die Strahlenbelastung gering zu halten. Er erinnerte noch einmal daran, dass die Trasse auch neben dem Elsensee-Gymnasium vorbeiführen würde. Deswegen sieht er auch in einer Erdverkabelung oder dem Einsatz strahlungsärmerer Wintrack-Masten Alternativen. Köppl: "Wir hoffen, dass die Landesregierung die ein oder andere Anregung bei der Planungsbehörde in unserem Sinne unterbringen kann."

Einig waren sich Wilms, Köppl und die Grünen-Vertreter darüber, dass es erschreckend sei, wie das deutsche Planungsrecht aufgestellt sei. "Die Bürger werden erst im Laufe des Verfahrens angehört, dürfen aber keine eigenen Wünsche äußern", kritisierte Wilms. Sie tendiere zu einem System wie in der Schweiz, wo die Bürger sich in den Planungsprozess mit einbringen.

Auch zum Lärmschutz im Zuge des A 7-Ausbaus hat Wilms eine dezidierte Meinung: "Flüsterasphalt ist die einzig sinnvolle Lösung. Es geht kein Weg daran vorbei." Aber sie schränkte ein, dass die Forderung juristisch nicht durchsetzbar sei, weswegen die Stadt im südlichen Teil von Quickborn den Einsatz von kostengünstigeren Lärmschutzwällen erwägt, um dem mit den Planungen beauftragten Unternehmen Deges, das teuren Flüsterasphalt ablehnt, entgegenzukommen. "Ob Lärmschutzwälle etwas bringen, muss aber noch geprüft werden", so Walter.